INTER AKTIV

MultiMedia News

Ausgabe 2017

www.interaktiv-muc.de
www.facebook.com/interaktiv.muc

Digitale Bildung 2020

Der Hashtag **#DigitaleBildung** ist gerade in Mode, online wie offline: Das Thema wird intensiv diskutiert, die Bedeutung und Brisanz ist allen bewusst. Fraglich ist jedoch oft, welche konkreten Inhalte damit verbunden sind und wie die Digitalisierung der Bildung (auf inhaltlicher wie technischer Ebene) ausgestaltet werden soll.

Angesichts zweier bevorstehender Wahlen (der Bundestagswahl 2017 und der bayerischen Landtagswahl 2018) möchten wir die politischen Visionen zur Digitalen Bildung konkretisieren. Das Schlagwort „Medienkompetenz“ soll dabei kritisch hinterfragt werden, da es oft als inhaltsleere Worthülse eingesetzt wird, um ein modernes Politikverständnis zu suggerieren.

Wir haben Konzepte und Strategiepapiere gesichtet, die von Bund, Ländern und Kommunen zur Zukunft der digitalen Bildung erarbeitet wurden. Hier wird rasch deutlich, dass die unterschiedlichen politischen Ebenen aufgrund ihrer Zuständigkeiten über verschiedene Herausforderungen nachdenken. Zugleich ist jedoch zu erkennen, dass umfangreiche Forderungen an die jeweils anderen politischen Ebenen gerichtet werden. Um herauszufinden, welche Zukunftspläne die großen Parteien hegen, welches Verständnis sie von Medienkompetenzförderung haben und wie sie aktuelle Fragestellungen einschätzen, haben wir Politiker*innen um ein schriftliches Statement für diese Publikation gebeten. Folgende bayerische Parteienvertreter*innen haben uns geantwortet (Reihenfolge nach Bundestagswahl-Ergebnis 2013)

- **CSU:** Michaela Dormann, Referentin für Bildung, Forschung, Kirchen
- **SPD:** Dr. Bernhard Goodwin, Bundestagskandidat im Wahlkreis München-West/Mitte
- **Die Linke:** Ates Gürpinar, Landessprecher Bayern und Bundestagskandidat im Wahlkreis München-Nord
- **Bündnis 90/Die Grünen:** Verena Osgyan, MdL, Sprecherin für Hochschule, Forschung, Netzpolitik, Frauen und Gleichstellung
- **FDP:** Dr. Lukas Köhler, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen und Bundestagskandidat im Wahlkreis München-West/Mitte

Vorausgegangen ist dieser Publikation eine Diskussionsrunde, die am 17. Mai 2017 im Rahmen des „Interaktiv-Frühjahrsempfangs“ in München stattfand. Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmal bei den Politiker*innen für ihre Stellungnahmen und ihre Beteiligung.

Ihnen wünschen wir nun eine aufschlussreiche und anregende Lektüre!

Politische Positionen, Konzepte und Strategien

Die Frage, wie wir Bildung zeitgemäß gestalten können und welche strukturellen Rahmenbedingungen dafür benötigt werden, wird bereits seit einiger Zeit auf verschiedenen politischen Ebenen diskutiert. In den letzten Monaten sind (vermutlich auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen) unterschiedliche Konzepte und Strategien veröffentlicht worden, die wir hier kurz vorstellen möchten. Wir haben uns dazu Papiere auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene angesehen.

Der DigitalPakt#D der Bundesregierung

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka präsentierte im Oktober 2016 ihr Konzept einer „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“, die unter dem Kürzel „DigitalPakt#D“ diskutiert wurde. Darin definiert die Ministerin, was ihrer Ansicht nach zu guter, zeitgemäßer Bildung gehöre: „IT-Kenntnisse und der souveräne Umgang mit der Technik und den Risiken digitaler Kommunikation ebenso wie das Lernen mittels der vielen neuen Möglichkeiten digitaler Medien.“ Sie betont zudem: „Zentral für den Erfolg digitaler Bildung ist die Pädagogik – digitale Technik muss guter Bildung dienen, nicht umgekehrt.“
Im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung stand die Ankündigung Wankas, fünf Milliarden Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung zu stellen, um die deutschen Schulen mit „digitaler Ausstattung wie Breitbandanbindung, W-LAN und Geräten“ zu versorgen.

Zugleich möchte sie die Bundesländer dazu verpflichten, „die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen.“
Das komplette Strategiepapier ist hier zu finden: https://www.bmbf.de/pub/Bildungsoffensive_fuer_die_digitale_Wissensgesellschaft.pdf

Bildungsstrategie der Bundesländer

Die von Wanka angesprochenen Bundesländer, die in unserem föderalistischen System für die Bildungspolitik zuständig sind, waren nicht einhellig begeistert über den Vorstoß der Bundesbildungsministerin. Besonders aus sozialdemokratisch regierten Ländern kam umgehend Kritik am Konzept der Unionspolitikerin, die sich auch daran entzündete, dass sie im Vorfeld nicht über das Konzept informiert wurden. Zudem wurde die angesprochene Summe mit Blick auf den damit verbundenen Zeitraum als eine viel zu niedrige Einmalzahlung kritisiert, deren Folgekosten ungeklärt seien.

Die Kultusministerkonferenz der Länder beschloss im Dezember 2016 eine eigene Strategie zum Thema „Bildung in der digitalen Welt“. Darin heißt es beispielsweise: „Aufgabe der Länder ist es, in den Bildungsplänen der verschiedenen Unterrichtsfächer die angestrebten digitalen Medienkompetenzen der Schülerinnen und Schüler als Bildungsziele zu verankern.“

Politische Positionen, Konzepte und Strategien II

Auch die Notwendigkeit, die entsprechenden Unterrichtsinhalte in den Aus- und Fortbildungsprogrammen für die Lehrkräfte zu verankern, ist in dieser Strategie verankert. Einzusehen ist das Papier unter
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Bildung_digitale_Welt_Webversion.pdf

Im Juni 2017 beschloss die Kultusministerkonferenz Eckpunkte einer „Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich der Schule“, die in vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ausgearbeitet worden waren. Eine konkrete Vereinbarung steht derzeit aber noch aus und wird wohl erst nach den Bundestagswahlen erarbeitet.
Die Pressemitteilung vom 01.06.17:
https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/kmk-laender-bekennen-sich-zu-eckpunkten-des-digitalpakts-schule.html

Bayerische Zukunftsstrategie zu Digitaler Bildung

Unter dem Titel „Digitale Bildung in Schule, Hochschule und Kultur“ hat die Bayerische Staatsregierung im Januar 2016 eine Zukunftsstrategie veröffentlicht. Hier wird betont, dass die Digitalisierung „sowohl Gegenstand von Bildung als auch Werkzeug im Bildungsprozess“ sei und entsprechend vielschichtig berücksichtigt werden müsse.

Im Papier wird ausgeführt, dass technische Neuerungen immer „neue Herausforderungen an eine gebildete Persönlichkeit“ und somit an die Bildung stellen. Auch die benötigten Rahmenbedingungen im Bereich der IT-Ausstattung und -Infrastruktur werden detailliert dargestellt.

Daneben konzentriert sich das Strategiepapier auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf Wissenschaft und Forschung sowie Kunst und Kultur. Das vollständige Konzept ist online abrufbar unter
https://www.km.bayern.de/Digitalisierung

Positionspapier des Deutschen Städtetages

Einer der bundesweiten Spitzenverbände der Kommunen ist der Deutsche Städtetag. Dessen Präsidium beschloss im April 2017 das Positionspapier „Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter“.

Die Städte führen hier aus, sie seien „bestrebt, die Schulen auf ihrem weiteren Weg in das digitale Zeitalter bestmöglich zu begleiten“. Als Träger zahlreicher Schulen und Bildungseinrichtungen seien sie bestrebt, „ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des Lernens mit digitalen Medien“ zu leisten. Zugleich fordert der Städtetag von Bund und Ländern, gemeinsam einen Masterplan „Ausbau digitaler Bildung“ zu entwickeln und „zwingend auch die finanziellen Aspekte“ zu klären.
Die im „DigitalPakt#D“ angekündigten Maßnahmen werden ausdrücklich begrüßt, sie sollten „unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände“ noch konkretisiert und finanziell ausreichend abgesichert werden.

Das komplette Positionspapier des Städtetages steht ebenfalls zum Download bereit:
http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/170428_popa_digitale_bildung.pdf

Quo vadis?

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es der deutschen Politik an Konzepten und Strategien zur digitalen Bildung nicht mangelt. Auf allen politischen Ebenen besteht Einigkeit darüber, dass die Digitalisierung unwiderrufliche Auswirkungen auf den Bildungsbereich hat und dass die daraus sich ergebenden Herausforderungen schnellstmöglich angegangen werden müssen.
Unterschiedliche Auffassungen gibt es jedoch noch in den Detailfragen, beispielsweise, welche Inhalte in welcher Form zu vermitteln sind und welche technische Ausstattung dafür benötigt wird. Zudem ist die Frage der Finanzierung noch völlig ungeklärt, hier erheben Bund, Länder und Kommunen an die jeweils anderen Ebenen hohe Forderungen. Es bleibt nur zu hoffen, dass rasch Lösungen gefunden werden und die Digitalisierung der deutschen Bildung bald internationales Spitzenniveau erreicht.

Michaela Dormann,
Referentin für Bildung, Forschung, Kirchen der **CSU**-Landesleitung, Vorstandsmitglied im Arbeitskreis Schule, Bildung und Sport

Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Medienpolitik und infrastrukturellen Rahmenbedingungen

Wo möchten Sie die Vermittlung von Medienkompetenz konkret realisieren (in der schulischen, vor- & außerschulischen sowie Erwachsenenbildung)?

Digitalisierung trifft uns alle und in fast allen Lebenslagen. Aus diesem Grund müssen wir die Medienkompetenz allen Menschen zugänglich machen und Medienbildung im schulischen und außerschulischen Bereich forcieren. Für alle Altersstufen bis ins hohe Erwachsenenalter, im Sinne eines lebenslangen Lernens, müssen wir Medienbildungsangebote offerieren, sowohl zum Erlernen als auch für eine stetige Weiterentwicklung. Medienkompetenz, besonders im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Medien und Inhalten, sollten von Kindesbeinen an und altersgerecht erlernt werden. Bei Kindern sollte auf einen sparsamen Einsatz von digitalen Medien geachtet werden. Die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen müssen Vorrang vor der vierten Kulturtechnik, dem Beherrschen von Informatikmethoden und -werkzeugen haben. Mit zunehmenden Alter kommt der Medienbildung sodann eine immer wichtigere Bedeutung zu.

Dem selbstbestimmten Umgang mit Daten sowie das Einschätzen der Möglichkeiten und Grenzen von Informatiksystemen sind entscheidende Parameter, die bereits in der Schule vermittelt werden sollten.

Welche infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind für eine gelingende Medienbildung nötig und wie können diese finanziert werden?

Schnelles, leistungsstarkes und flächendeckendes Internet, eine moderne IT-Ausstattung, auch im Sinne eines nachhaltigen Einsatzes und eine fachmännischen Systembetreuung in Bildungseinrichtungen, sind die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für gelingende Medienbildung. Im Vordergrund steht dabei immer, dass eine Anschaffung von digitalen Medien nicht um ihrer Selbstwillen geschieht, sondern einen echten Mehrwert schafft.

Ein fächerübergreifender Einsatz digitaler Medien und Programme, die im und für den Lernprozess genutzt werden sowie die Lehreraus- und Fortbildung müssen darauf optimal abgestimmt werden. Deshalb muss die Vermittlung digitaler Medienkompetenz und die Nutzung der neuen Medien, auch verbindlicher Teil der Schulung und Ausbildung der Lehrkräfte sein. Es gibt bereits gute Angebote, diese gilt es auszubauen und stetig anzupassen. Die Bundesregierung hat im Rahmen eines Digitalpaktes gerade fünf Mrd. Euro für eine entsprechende digitale Ausstattung wie Breitbandanbindung, W-LAN und Geräten bereitgestellt. Als Gegenleistung werden pädagogische Konzepte verlangt. So kann Medienbildung gut gelingen.

Wie verhalten sich Medienbildung und Medienpolitik zueinander, z.B. bei Datenschutz und der Verantwortung von Konzernen im Fall von Fake-News?

Medienbildung und Medienpolitik sollten sich im besten Fall ergänzen. Medienpolitik hat für den Rahmen zu sorgen, indem Medienkonsum möglichst sicher geschehen kann. Zugleich sollte eine angestrebte Medienpolitik größtmöglichen Freiraum bieten, um die Chancen, die im Mediengebrauch liegen, nutzen zu können. Dabei spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle. Er soll gewährleisten, dass wir in unseren Persönlichkeitsrechten nicht beeinträchtigt werden.
Der beste Schutz der eigenen Persönlichkeitsrechte ist das Wissen davon und darüber.
User damit auszustatten und sinnvolle Verhaltensregeln im Umgang mit sensiblen Daten an die Hand zu geben, ist auch Aufgabe von Bildungseinrichtungen. Gerade Jugendliche, aber auch viele Erwachsene nutzen das Internet und insbesondere Chats und soziale Netzwerke zum Austausch. Per Handy und Computer senden sie, meist unbewusst, ungefiltert sehr persönliche Daten, die sodann lebenslang im Internet verweilen. Hier muss ausreichend Aufklärung betrieben und ein entsprechendes Know-How vermittelt werden. Das Gleiche gilt im Umgang mit Fake-News. Diese werden sich kaum vollständig verhindern lassen. Deshalb muss der User gelernt haben, sich kritisch und reflektiert im Netz zu verhalten.

Dr. Bernhard Goodwin,
Bundestagskandidat der **SPD** im Wahlkreis München-West/Mitte

Digitale Bildung

Digitale Bildung zu stärken erfordert für mich mehr als punktuelle Maßnahmen. Es bedeutet zunächst, dass wir alle öffentlichen Bildungsträger – Schulen und Hochschulen, Berufsschulen, Fachakademien und Volkshochschulen – technologisch gut ausstatten und die digitalen Kompetenzen der dort Lehrenden verbessern sollten. Wir müssen den Bildungsbereich insgesamt stärken, die dort Arbeitenden anständig bezahlen und ihre Qualifikationsmöglichkeiten ausbauen. Innovative Konzepte von digitaler Bildung bedeuten für mich daher auch mehr Investitionen in Bildung – das gehört zu den zentralen Forderungen im Bundestags-Wahlprogramm der SPD, denn sie sind entscheidend für die Zukunft! Die derzeitigen Überschüsse im Bundeshaushalt machen solche Investitionen auch realisierbar und sie sind viel wichtiger als Steuererleichterungen mit der Gießkanne.

Die ständige technische Weiterentwicklung gerade der Informationsmedien führt außerdem dazu, dass die Vermittlung von digitaler Medienkompetenz nicht nur einmalig – meist in der Schule – erfolgen kann, sondern Teil des lebenslangen Lernprozesses werden muss.
Auch dafür sind die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen, etwa dadurch, dass ein Anspruch auf betriebliche digitale Weiterbildung eingeführt oder entsprechende Qualifizierung auch von der Arbeitsagentur gefördert wird (Stichwort Arbeitslosengeld Q).
Die jeweils aktuelle digitale Medienkompetenz zählt zu den Schlüsselqualifikationen in der Arbeitswelt!

Die Kompetenz zur Nutzung digitaler Medien ist schließlich entscheidend für die politischen Fragen, die mit der Digitalisierung zusammenhängen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, beispielsweise durch neue ortsunabhängige Lehr- und Lernkonzepte in allen Bereichen des Bildungssystems, oder durch Digitalisierung der Verwaltung. Wir sollten in der Medienbildung aber auch die Risiken angehen (unter anderem: Cybermobbing, Cybergrooming, medienbezogenes Suchtverhalten) und dafür Strategien entwickeln.

Entscheidend ist jedoch vor allem die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger zur kritischen digitalen Mediennutzung in der politischen Information und Meinungsbildung.

Hochproblematische Phänomene wie Fake-News oder Hasskommentare im Netz sind nicht allein politisch und rechtlich zu regeln – denn wir müssen auch die Informations- und Meinungsfreiheit schützen. Darum müssen die digital mächtigen Konzerne wie Google oder Facebook in die Verantwortung genommen werden, vor allem aber brauchen wir mediencompetente, kritische Bürgerinnen und Bürger, und damit eine kritische Öffentlichkeit im Netz, die dem Missbrauch digitaler Freiheiten für Hetze und Propaganda entgegentritt. Und diese Medienkompetenz betrifft auch etwas anderes: Staatliche Datenschutzrichtlinien bewirken wenig, wenn wir weiterhin freiwillig Unmengen sensibler Daten den großen Konzernen überlassen. Digitale Bildung und die Fähigkeit zu kritischer Mediennutzung im digitalen Zeitalter ist in diesem Sinn auch entscheidend für die Zukunft unserer Demokratie!

Ates Gürpinar, „Die Linke“, Landessprecher Bayern und Bundestagskandidat im Wahlkreis München-Nord

Medienkompetenz erlernen

Die Möglichkeit, Medienkompetenz zu erlernen bzw. sich darin weiterzubilden, muss in jedem Lebensabschnitt eines Menschen möglich sein. So brauchen wir entsprechende Angebote im schulischen als auch außerschulischen Bereich sowie in der Erwachsenenbildung. Ich halte neben einer Einbindung in den verschiedenen Fächern auch ein Fach, was sich explizit um Medienkompetenz bemüht, für notwendig. Für die Vorschläge ist es notwendig, die IT-Infrastruktur aller Schulen, Berufs- und Hochschulen mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung auszubauen.

Wir wollen für das Lehrpersonal in allen Bildungseinrichtungen Weiterbildungen zur Vermittlung eines selbstbestimmten und kritischen Umgangs mit digitaler Technologie anbieten. Jedes Kind soll ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung bekommen. Fortbildungen und Kurse an Volkshochschulen sollen auch online angeboten werden.

In Deutschland gibt es immer noch eine digitale Kluft. Fast alle Menschen, die mehr als 3.000 Euro Haushaltseinkommen haben, nutzen das Internet. Bei jenen, die weniger als 1.000 Euro im Monat zur Verfügung haben, ist es nur ein wenig mehr als die Hälfte. DIE LINKE fordert deshalb, dass internetfähige Computer als Teil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt werden müssen. Außerdem fordern wir die Durchsetzung eines schnellen Zugangs für alle Menschen zu digitalen Informationen unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund. Die Finanzierung des Netzausbaus könnte über einen Fonds erfolgen, in den private Breitbandbetreiber nach bestimmten Regeln einzahlen. Auf diese Weise ließe es sich verhindern, dass Private hohe Gewinne in Ballungszentren machen, der teure Netzausbau auf dem Land aber dem Steuerzahler aufgebürdet wird.

Die widerrechtliche Erhebung, Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten sowie ihre Zusammenführung zu Personenprofilen ist heute weit verbreitet. Das betrifft die sensorgestützte Datenerhebung wie beispielsweise Geolokalisationsdienste ebenso wie die massenhafte Erhebung und Analyse des Internetverkehrs. Staatliche Sicherheitseinrichtungen und privatwirtschaftliche Konzerne sammeln enorme Datenmengen über die Nutzerinnen und Nutzer.
DIE LINKE will die flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste und Technologiekonzerne beenden. Um Privatsphäre im Internet unter der Bedingung des permanenten Datenflusses zu gewährleisten, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nur mit einem Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in persönlicher Kommunikation realisierbar – ohne Hintertüren. Die Nutzerinnen und Nutzer des Netzes sollen über die Erhebung von personenbezogenen Daten umfassend informiert werden. Unternehmen, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten.

Auch in sozialen Netzwerken muss die körperliche und geistige Unversehrtheit der Nutzerinnen und Nutzer gewahrt werden. Wir wehren uns gegen staatliche Kontroll- und Zensurzugriffe genauso wie gegen ökonomische. Die Löschung illegaler Inhalte ist schon jetzt möglich. Dazu können Unternehmen Hatespeech oder Mobbing sowie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung auch durch Social Bots mit eigenen Redaktionssystemen aufspüren.

Verena Osgyan, MdL
Sprecherin für Netzpolitik und Datenschutz **Bündnis 90/ Die Grünen**
im Bayerischen Landtag

Montessori 4.0 – Digitale Bildung als Chance für selbstbestimmtes Leben und Lernen nutzen

Wie wir kommunizieren, arbeiten und lernen hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Es ist ein Mythos, dass Kinder durch das Aufwachsen in einer von neuen Technologien geprägten Welt automatisch kompetent mit ihnen umgehen können. Der Umgang mit digitalen Medien muss erlernt werden wie Lesen und Schreiben.

Wir Grüne wollen diese Entwicklungen nicht einfach so geschehen lassen, sondern den Wandel politisch gestalten. Unser Leitbild ist nicht der gläserne User, sondern der digitale Citoyen – also mündige Bürgerinnen und Bürger in der Digitalen Welt.

Digitale Medien gehören längst zur Lebensrealität aller Altersgruppen. Deshalb brauchen wir auch entsprechende Angebote zur Vermittlung von Medienkompetenz von der Kita über die berufliche Bildung bis hin zur Seniorenarbeit. In den Schulen muss digitale Bildung quer durch alle Fächer vermittelt werden. Montessoris Leitsatz „Hilf mir, es selbst zu tun“ beschreibt perfekt, worauf es dabei ankommt.
Um das zu erreichen, muss Medienkompetenz ein selbstverständlicher Teil der pädagogischen Ausbildung werden. Hier hakt es derzeit am meisten. Noch ist es eher Zufall, ob Kinder in Bayern an entsprechend vorgebildete Lehrkräfte geraten.

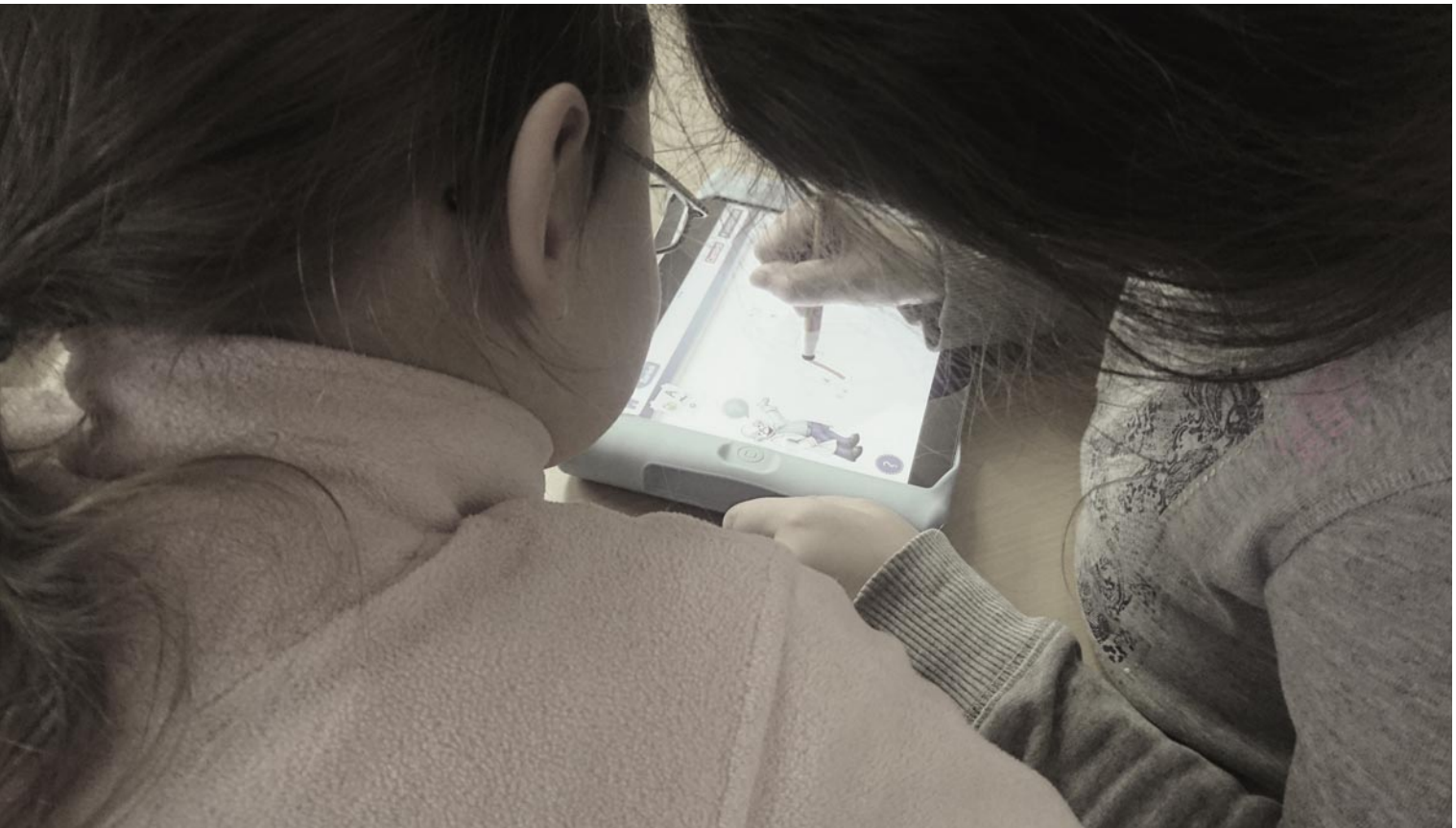
Informatik muss endlich als Pflichtfach verankert werden. Es geht darum, grundlegend zu verstehen wie die Codes funktionieren, die unser gesamtes Leben prägen.
Digitale Bildung lebt aber auch von infrastrukturellen Voraussetzungen: schnellen Internetzugang, adäquate Ausstattung mit digitalen Medien sowie ausreichender Support.

Bayern hinkt in der Ausstattung der Schulen und beim Breitbandausbau hinterher. Um flächendeckend Glasfaser in alle Haushalte und Schulen zu bringen, muss noch einmal deutlich investiert werden. Denn nur mit angemessener Ausstattung kann auch Technologiekompetenz vermittelt werden.
Medienkompetenz ist der Schlüssel, um sich selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen. Trotzdem ist es kurzsichtig, die Verantwortung für Datenschutz oder die Bewertung von Inhalten allein den Usern aufzubürden.
Wenn es um besonders sensible Dinge wie Gesundheits- oder Bankdaten geht, findet das Mantra „Ich habe nichts zu verbergen“ seine Grenzen. Entwicklungen wie das Internet der Dinge stellen den Datenschutz vor ganz neue Herausforderungen.
Doch hier gibt es erste Erfolge: Maßgeblich durch grünes Engagement hat sich die EU eine neue Datenschutz-Grundverordnung gegeben.
Damit gibt es jetzt eine gesetzliche Grundlage auch internationale Konzerne in die Pflicht zu nehmen, wenn sie mit unseren Daten arbeiten.
Die Diskussion um Hate Speech und Fake News zeigt, dass wir um eine stärkere Regulierung digitaler Inhalte nicht länger herumkommen.
Rundfunk und Fernsehen unterliegen wegen ihrem großen Einfluss auf die Meinungsbildung der Medienaufsicht. Da stellt sich die Frage, warum Plattformen wie Facebook oder YouTube keine Verantwortung übernehmen müssen.

Im Bereich von Hate Speech und anderen Straftaten gibt es bereits heute Löschpflichten. Diese brauchen allerdings deutlich bessere Durchsetzungsmöglichkeiten.

Plattformen mehr in die Pflicht zu nehmen, bedeutet keineswegs unverhältnismäßige Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit. Es geht darum, sinnvolle Schutz- und Regulierungsmaßnahmen aus der analogen Welt auch für den digitalen Bereich zu adaptieren.

Ein ausführliches Statement finden Sie hier:
http://blog.osgyan.de/digitale-bildung-2020/



Dr. Lukas Köhler, Landesvorsitzender **Junge Liberale** und Bundestagskandidat im Wahlkreis München-West/Mitte

Medienbildung und Medienpolitik

Wie soll die Vermittlung von Medienkompetenz konkret realisiert werden?

Heutzutage kommt es nicht mehr darauf an, Informationen zu finden, sondern aus der angebotenen Fülle die relevanten und verlässlichen herauszufiltern. Um das zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass Schulen und Lehrkräfte ertüchtigt werden, damit sowohl Ausstattung als auch Kompetenz auf dem neuesten Stand der Technik sind. Die Auswirkungen von Siri und Cortana kann man schließlich kaum mit einem Nokia 3310 oder Windows XP begreifbar machen. Lebenslanges Lernen soll gleichzeitig auch den älteren Generationen mehr Medienkompetenz ermöglichen. Deswegen setzen wir uns für die stärkere Verbreitung von Angeboten wie der Open University ein und wollen erreichen, dass Kurse aus MOOCs einfacher von Arbeitgebern aber auch Universitäten anerkannt werden können.
Medienbildung im Erwachsenen-Alter wollen wir Freie Demokraten durch Bildungssparen fördern. Dabei soll es für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, einen staatlichen Zuschuss geben.

Infrastrukturelle Rahmenbedingungen und ihre Finanzierung?

Ganz klar ist, dass wir wenig Medienbildung in Schulen erwarten dürfen, in denen das W-LAN überfordert ist, sobald drei Lehrer eingeloggt sind. Das Digitalste in unseren Schulen dürfen nicht die Pausen sein. Deswegen wollen wir Freie Demokraten pro Schüler 1000 Euro in Technik und Modernisierung investieren.

Außerdem setzen wir uns für eine Unterrichtsgarantie ein. In Deutschland fallen derzeit viel zu viele Schulstunden aus. Gerade Medienbildung findet aber im Dialog und durch individuelle Beurteilung statt. Das können nur unsere Lehrkräfte durch ihre Ausbildung und Erfahrung leisten. Diese Ausbildung wollen wir durch verpflichtende Weiterbildungen im Bereich Medienkompetenz sicherstellen.

Damit Länder und Kommunen mit diesen unbedingt notwendigen Investitionen nicht überfordert sind, streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an, der den Ausbau der digitalen Infrastruktur regelt. Dafür sollen Anreize für die kommunalen Träger der Schulen geschaffen werden, um durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen die Integration der digitalen Bildung voranzutreiben.

Die Relation von Medienbildung und Medienpolitik zueinander?

Wir Freie Demokraten sehen Menschen als selbstbestimmt und für ihr eigenes Handeln verantwortlich. Deswegen ist es umso wichtiger, ein hohes Niveau von Medienbildung in unserer Gesellschaft zu erreichen, damit wir als mündige Bürger in der Lage sind, Informationen nicht nur zu konsumieren, sondern auch zu beurteilen. Eine staatliche Klassifizierung von Nachrichten in „wahr“ und „unwahr“ lehnen wir unter allen Umständen ab.

Auch Datenschutz beginnt mit der Verantwortung jedes Einzelnen: der beste Datenschutz ist Datensparsamkeit. Gute Medienbildung muss deshalb vermitteln, dass bei vermeintlich kostenlosen Angeboten der Preis in Daten gezahlt wird. Auf welchem Wege diese Daten erhoben und verarbeitet werden, muss dabei in jedem Fall transparent gemacht werden. Staatliche Regulierung darf dabei immer nur der letzte Ausweg sein.

Impressum

MultiMediaNews erscheint im Auftrag des Netzwerks Interaktiv, www.interaktiv-muc.de
Redaktion: SIN – Studio im Netz
Organisationsadresse: SIN – Studio im Netz e.V., Heiglhofstraße 1, 81377 München, www.studioimnetz.de
Gestaltung: Steffi Jentsch Kommunikations Design, Corporate Identity: Konrad Bayer, khargosh
Fotos: Portraitbilder mit freundlicher Genehmigung durch die Parteien
weitere Bilder von pixabay.com (lizenziert unter CC0 Public Domain-Lizenz)

Interaktiv – Münchner Netzwerk Medienkompetenz:
Bibliothek der Stiftung Pfennigparade | Café Netzwerk | Kinder- und Jugendmuseum München | Kreisjugendring München-Stadt | Kulturreferat der LH München | Medienzentrum München des JFF – Institut für Medienpädagogik | MOP Integrativer Jugendtreff | Münchner Kinderportal pomki.de | Münchner Stadtbibliothek/update.jung&erwachsen | Münchner Volkshochschule | Pädagogische Aktion/SPIELkultur e.V. | Referat für Bildung und Sport der LH München/Pädagogisches Institut | SIN – Studio im Netz e.V. | Sozialreferat der LH München/Stadtjugendamt/Jugendkulturwerk | Stiftung Zuhören | Spiellandschaft Stadt e. V.

Interaktiv ist eine Initiative im Auftrag der kommunalen Referate der Landeshauptstadt München: Kulturreferat, Referat für Bildung und Sport, Sozialreferat/Stadtjugendamt